

Europäische Gemeinschaft: Gemeinsamer Binnenmarkt bis 1992?	409
Ausfuhr wieder kräftig gestiegen	412

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG WOCHENBERICHT 36 / 85

Berlin

5. September 1985

52. Jahrgang

Europäische Gemeinschaft: Gemeinsamer Binnenmarkt bis 1992?

In letzter Zeit ist die Diskussion um die Vervollkommenung des europäischen Gemeinsamen Marktes neu belebt worden. Auslösende Faktoren gab es viele. So wuchs einmal die Erkenntnis, daß die USA ihren Wachstums- und Innovationsvorsprung nicht zuletzt der Größe ihres Binnenmarktes zu danken haben. Gefördert wurde dieser Besinnungsprozeß durch den Unmut über die sich häufenden Integrationsfehlschläge; er führte zur Erarbeitung von konstruktiven Vorschlägen für eine „Europäische Union“, für die ein vollendeter EG-Binnenmarkt wesentliche Voraussetzung ist. Die Notwendigkeit für neue, nach innen gerichtete Initiativen wurde zudem in den Süderweiterungsverhandlungen deutlich; ihr Abschluß lieferte den nötigen Aktionsspielraum. Spezielle großtechnische und handelspolitische Herausforderungen aus Japan oder den USA (Computer der 5. Generation, Technologieembargo, SDI, Begrenzung europäischer Stahlimporte), punktuelle Erfolge in der Zusammenarbeit europäischer Unternehmen untereinander sowie mit ihrer jeweiligen Regierung und der EG-Kommission (Ariane, Airbus, große Akzeptanz des ESPRIT-Programms), aber auch unerwartete Integrationserfolge in der Handelspolitik (neues „Gemeinschaftsinstrument“ für einen verbesserten Einfuhrschutz) und beim Abbau interner Hemmnisse (Einheitsdokument im innergemeinschaftlichen Warenverkehr von 1988 an, erleichterte Anerkennung und Abstimmung von Normen) waren weitere Anstöße. Schließlich wurden mit dem starken Engagement des zuständigen deutschen EG-Kommissars und später mit dem Wechsel an der Spitze der EG-Kommission auch personell starke Impulse zur Herstellung binnenmarktähnlicher Verhältnisse in der Gemeinschaft gegeben. Dabei erlangte die Kommission ein Gutteil ihrer in den Ratskonflikten zu opportunistischer Kompromißsuche verkümmerten Glaubwürdigkeit als reformfreudiges Initiativ- und Kontrollorgan zurück, als

sie in der Beihilfenpolitik deutlich restriktive Signale setzte (prominentes Beispiel: der belgische Claes-Plan zur Sanierung der Textilindustrie) und bei der Festsetzung der Agrarpolitik ihre Befugnisse zur Durchsetzung des überfälligen Reformkurses voll ausschöpfte.

Viele aussichtsreiche Initiativen

Im Juni 1985, rechtzeitig zur Mailänder Tagung des Europäischen Rates, legte die EG-Kommission ein „Weißbuch“ über die „Vollendung des Binnenmarktes“ vor¹. Es enthält im Anhang, gegliedert nach Sachbereichen und unter Berücksichtigung des voraussichtlichen Zeitraums von Initiative und Verabschiedung, über 300 teilweise noch weiter aufgefächerte Einzelvorhaben, die die Kommission für die Verwirklichung des Binnenmarktes als unabdingbar ansieht.

So eindrucksvoll diese tabellarische Übersicht einerseits das Integrationsdefizit im Detail erkennen läßt und die Kommission andererseits die Fülle ihrer bereits ergriffenen Initiativen ins rechte Licht zu rücken weiß, so wenig kann freilich diese quantitative Übersicht die eigentlichen Problembereiche lokalisieren und die dort zu erwartenden Schwierigkeiten bewerten helfen. Man tut also gut daran, den einführenden Text genau zu studieren. Wenn z. B. allein für den Bereich der tier- und pflanzensanitären Kontrollen 70 Einzelvorhaben aufgeführt werden, die größtenteils schon für 1985 oder 1986 zur Verabschiedung anstehen, so verzerrt dies sicher optisch die Struktur der binnenmarktbezogenen Integrationsprobleme, und es

¹ Kommission der Europäischen Gemeinschaften, Vollendung des Binnenmarktes. Weißbuch der Kommission an den Europäischen Rat. Dokument. Juni 1985.

könnte sich die Vermutung aufdrängen, die Kommission schaffe sich hier die Voraussetzungen für den rasch zu erbringenden Nachweis, bereits einen großen Teil der Probleme gelöst zu haben.

Ebenfalls gilt dies im wesentlichen für die Anpassung von Gemeinschaftsvorschriften, soweit die Kommission ohne Ratsbeschluß dazu befugt ist — etwa bei bestimmten technischen Standards und beim Umgang mit bestimmten chemischen Erzeugnissen. Weniger problematisch sind auch Fälle, in denen eine Reihe logischer Folgeschritte durch eine vorausgegangene Grundsatzentscheidung präjudiziert wurde, sowie jene, in denen die Interessen der Mitgliedstaaten sehr ähnlich sind. Zu der ersten Gruppe zählen etwa ein knappes Dutzend Vorschläge zur weiteren Vereinheitlichung der Bemessungsgrundlage und der Ausnahmeregelungen bei der Mehrwertsteuer, zur zweiten Gruppe etwa die Vorschläge für eine weitere — kostensenkende — Vergemeinschaftung des Patentschutzes, eine Verbesserung des Rechtsschutzes für sonstiges geistiges und gewerbliches Eigentum sowie die Vorschläge zur Erleichterung des internen Personenverkehrs.

Nicht mehr so selbstverständlich ist allerdings das angekündigte verstärkte Tätigwerden der Kommission im Zusammenhang mit Artikel 30 EWGV (Verbot mengenmäßiger Einfuhrbeschränkungen sowie Maßnahmen gleicher Wirkung), obwohl die Anwendung dieser Gemeinschaftsvorschrift ebenfalls keinen Ratsbeschluß voraussetzt und es sich „nur“ um die Beseitigung unerlaubter Praktiken der Mitgliedstaaten handelt. Denn die Kommission muß ihre Anforderungen (Beispiel: Zulassung nicht dem deutschen Reinheitsgebot entsprechender Bierimporte in der Bundesrepublik) notfalls mit Hilfe des Europäischen Gerichtshofes durchsetzen und beschwört im Falle vitaler nationaler Schutzinteressen desintegrative politische Kräfte herauf, die sich auch gegen die Machtposition der Kommission selbst richten können. So ist es sicherlich nicht ohne Grund, daß die EG-Kommission etwa darauf verzichtet, den „Luxemburger Kompromiß“ (faktische Ablösung des Regelfalles des Mehrheitsbeschlusses im Rat durch das Einstimmigkeitsvotum), der vom EWG-Vertrag nicht gedeckt ist, vom Gerichtshof kasieren zu lassen. Vielmehr setzt sie darauf, daß der Rat hier — wie angekündigt — von sich aus zu den Vertragsvorschriften zurückfinden und schließlich sogar einer Änderung mancher Vertragsvorschriften zustimmen wird, die ausdrücklich Einstimmigkeit vorsehen.

Gewichtige „Dauerbrenner“

Die Präsentation des Programmpaketes im Weißbuch läßt die Probleme vor allem dort erkennen, wo die eigentliche Initiative der Kommission bereits längere Zeit zurückliegt. Zwar sind in einigen Fällen nach langen Auseinandersetzungen Lösungen gefunden worden oder zeichnen sich ab: so bei der Vereinfachung des gemein-

schaftlichen Versandverfahrens, bei der technischen Harmonisierung sowie — besonders wichtig — bei der Einführung eines gemeinsamen Steuersystems einmal für Mutter- und Tochtergesellschaften, zum anderen für Fusionen, Spaltungen und die Einbringung von Unternehmensteilen. Auch die alten, inzwischen modifizierten Vorschläge der Kommission über die Einführung der Rechtsform einer Europäischen Kooperationsvereinigung, die die befristete grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Bereich kleiner und mittlerer Unternehmen erleichtern soll, werden mittlerweile allenthalben als Bereicherung des industriepolitischen Gemeinschaftsinstrumentariums empfunden und haben gute Aussicht auf Verabschiedung. Im Hinblick auf die Harmonisierung technischer, mit Umwelt- oder Energiepolitik begründeter Normen muß indes daran erinnert werden, daß bereits in der Vergangenheit vielfach Harmonisierungserfolge schließlich nur auf „optioneller“ Grundlage erzielt werden konnten: Es wurden entweder Mindeststandards, die eine strengere Handhabung zuließen, oder Margen definiert, innerhalb deren optiert werden konnte. Daß hier erhebliche industriepolitische Interessen einzelner Mitgliedstaaten berührt sein können, hat erst jüngst das Beispiel der Katalysatortechnik bei Pkw gezeigt.

In vielen wichtigen Fällen haben die langen Verhandlungen — z.T. wurden sie sogar über Jahre hinweg unterbrochen — bisher jedoch zu keinem Ergebnis geführt. Besonders häufig anzutreffen oder besonders gravierend ist diese Konstellation in bestimmten Sparten des Dienstleistungssektors (Verkehr, Versicherungswirtschaft, Wertpapierhandel, Niederlassungsfreiheit), der Besteuerung und des Gesellschaftsrechts. Eklatant sind die fortbestehenden Zugangsbeschränkungen im Binnenschiffsgüterverkehr und anderen Verkehrsarten sowie das Harmonisierungsdefizit im Recht der Versicherungsverträge. In beiden Fällen geht die Auseinandersetzung darum, ob der Liberalisierung die Harmonisierung des Rahmenrechts vorausgehen habe — im Falle des Versicherungswesens zum Schutze der Verbraucher in den Ländern mit strengeren Aufsichts- und Vertragsvorschriften (z. B. Bundesrepublik im Vergleich zu Großbritannien) —, im Falle der Güterverkehrswirtschaft zum Schutze heimischer Unternehmen vor drohendem ruinösen Wettbewerb (z.B. Schutz des deutschen Straßengüterverkehrs gegen die niederländische hochwettbewerbsfähige Konkurrenz). Daß auch die Kommission die hier anstehenden Verhandlungen noch als äußerst schwierig ansieht, geht daraus hervor, daß sie Lösungen überwiegend erst für 1987 oder später erwartet. Schlaglichtartig beleuchtet wurde die Stagnation der verkehrspolitischen Integrationsbemühungen durch die Untätigkeitsklage des Europäischen Parlaments gegen den Rat vor dem Europäischen Gerichtshof.

Ähnlich festgefahren ist der Integrationszug im Gesellschaftsrecht. Obwohl die ersten Initiativen der Kommission auf die Jahre 1970 (Satzung für eine Europäische Ge-

sellschaft) bzw. 1973 (Struktur der Aktiengesellschaft) zurückgehen, werden Regelungen erst für 1990 bzw. 1988 erwartet. An dieser industriepolitisch wichtigen Stelle zeigt sich mit aller Deutlichkeit, daß die Herstellung des Binnenmarktes nicht nur ein wettbewerbsrechtlich-ökonomisches und schon gar nicht nur ein technisch-organisatorisches Problem ist, sondern daß das ganze Spektrum gesellschaftspolitischer Differenzen hier hineinspielt. Denn bei der „Europa-AG“ geht es u.a. um die Mitbestimmungsrechte von Belegschaften und Gewerkschaften, die bisher in den einzelnen Mitgliedstaaten in sehr unterschiedlichem Maße und Zuschnitt durchgesetzt oder gar nur gefordert worden sind.

Größeren Optimismus stellt die Kommission bei der Harmonisierung der Struktur der Verbrauchsteuern auf alkoholische Getränke, Zigaretten und andere Tabakwaren sowie Mineralöle zur Schau: Spätestens 1986 soll über die alten Vorlagen positiv entschieden sein; die neuen sollen nicht länger als ein Jahr im Entscheidungsprozeß verbleiben. Auch die Vorlage zur allgemeinen Einführung einer Weinsteuern aus dem Jahre 1972 soll nach Kommissionsvorstellung bis 1986 verabschiedet werden.

Den Optimismus der Kommission, den sie hier trotz aller bisherigen dilatorischen und kontroversen Behandlung im Rat hegt, kann man allenfalls noch nachvollziehen, wenn man bedenkt, daß bereits einige Regelungen getroffen werden konnten und daß es sich — ausgenommen die Weinsteuern, die u.a. in der Bundesrepublik neu eingeführt werden müßte — schließlich nur um die „Struktur“ der Besteuerung, also um die Definition des eigentlichen Steuergegenstandes bei komplexer Zusammensetzung des Produkts, nicht aber um die Höhe des jeweiligen Steuersatzes und die Reduzierung der Zahl der Verbrauchsteuern in allen Ländern auf eine gemeinsame, sehr kleine Liste handelt. Freilich können die Produzenten unter bestimmten Produktionsbedingungen schon auf kleine Änderungen dieser Art sensibel reagieren und eine erhebliche Abwehrlobby mobilisieren.

Neue zentrale Anliegen schwer durchsetzbar

Weit skeptischer als die Kommission darf man aber im Hinblick auf den ehrgeizigen Zeitplan bei allen weiterführenden Vorhaben der Steuerharmonisierung sein, zu denen die Kommission in den meisten Fällen erst noch initiativ werden muß, wenngleich das Ziel dem Grunde nach durchaus schon feststeht: Gleiche Anzahl von Mehrwertsteuersätzen und deren jeweilige Angleichung von Land zu Land sowie Bandbreiten für alle harmonisierten Verbrauchsteuern. Geht es zunächst darum zu verhindern, daß die Mitgliedstaaten nicht-abgestimmte Beschlüsse fassen, durch die sich die Differenzen noch vergrößern würden (Stillhalteabkommen), so soll bis 1992 die gesamte vereinheitlichte Steuerstruktur in Kraft treten. Wegen des nötigen Übergangszeitraums impliziert dies, daß die genaue Ausgestaltung bereits in wenigen Jahren

(Kommissionsvorschlag: 1987) verabschiedet wird. Bis 1988 sollen dann bei der Mehrwertsteuer noch alle aus unterschiedlicher Definition des Anwendungsbereichs verbliebenen „Abweichungen mit verzerrenden Auswirkungen“ abgeschafft sein, bis 1989/90 käme die Errichtung eines Verrechnungssystems hinzu, deren Notwendigkeit sich bei Abschaffung der bisherigen Steuer Grenzen daraus ergäbe, daß nach dem angestrebten System Steuererhebung und fiskalischer Anspruch in verschiedenen Ländern anfallen können. Bei den speziellen Verbrauchsteuern wäre bis zu diesem Zeitpunkt vor allem Einigung darüber zu erzielen, nach welchem Fahrplan die nicht unter das gemeinsame System fallenden — und Grenzformalitäten verursachenden — Steuern abgeschafft werden sollen.

Bei all diesen anspruchsvollen Harmonisierungsvorhaben sind nicht nur fiskalische Interessen im Spiel, sondern in vielen Ländern dienen Steuern der selektiven Konsumbeeinflussung (Tabak- und Alkoholsteuern), der Verkehrs-, Energie- und Umweltpolitik (Mineralölsteuern, die im übrigen nicht losgelöst von den Kfz-Steuern betrachtet werden können), der Konjunkturpolitik, ja der Wachstums- und Gesellschaftspolitik (Verhältnis von direkter zu indirekter Besteuerung, Steuerlastquote, Steuervermeidung, -umgehung und -hinterziehung, regressive Wirkung von indirekten Steuern je nach Grad der Ungleichverteilung des Einkommens). Durch Harmonisierung der indirekten Besteuerung entsteht automatisch ein Druck in Richtung auf Angleichung auch der direkten Steuern, ohne Rücksicht darauf, daß sowohl die sozio-ökonomischen Ziele als auch die Voraussetzungen für die Tauglichkeit bestimmter Steuerarten in den Mitgliedstaaten noch sehr unterschiedlich sind: Historisch gewachsene Steuerstrukturen lassen sich nicht im Eilverfahren drastisch ändern, zumal die nationalen Parlamente das Recht zur Gestaltung und Kontrolle des staatlichen Finanzwesens von jeher hoch bewertet haben und nicht so leicht bereit sein werden, hier starke Souveränitätsverzichte zu leisten. Nicht viel weniger ehrgeizig sind die weiteren Integrationspläne im Bereich des öffentlichen Auftragswesens. Vor allem soll dieses bis 1988 im Fernmeldewesen und im Bereich der Energie, bis 1989 in vorrangigen Dienstleistungssektoren, bis 1990 in der Elektrizitäts- und Wasserwirtschaft sowie schließlich bis 1991 in weiteren Dienstleistungsbereichen EG-weit liberalisiert werden. Hier sind vor allem industriepolitische Interessen berührt. Konsequente Liberalisierung würde je nach Wettbewerbsfähigkeit die Unternehmensstruktur erheblich beeinflussen — mit allen Folgewirkungen für die nationalen Arbeitsmärkte und Handelsbilanzen. Wo allerdings wie im Fernmeldewesen umfangreiche, national unterschiedliche Infrastrukturen existieren, werden auch bei liberalen Ausschreibungen Inkompatibilitäten noch auf lange Sicht die Marktintegration behindern². Im übrigen

² Vgl. EG-Telekommunikationspolitik allenfalls langfristig realisierbar. Bearb.: Wolfgang Seufert. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 34/85.

zeigt die Handhabung der bisher schon liberalisierten öffentlichen Bau- und Beschaffungsvorhaben in den einzelnen Mitgliedstaaten, daß viele Behörden ihren großen Ermessensspielraum nach wie vor dazu nutzen, Aufträge vorzugsweise an heimische Firmen zu vergeben. Sicher würde eine Ausweitung der Liberalisierung hier den Begründungszwang erhöhen, wenn nationale Unternehmen bevorzugt werden, doch angesichts der geringen Justiziabilität auf diesem Sektor fragt man sich, warum die Mitgliedstaaten hier bisher so restriktiv gewesen sind und nicht die Chance mindestens zu mehr integrationspolitischem „window-dressing“ genutzt haben.

Fazit

Mit diesem Bericht sollte und konnte keine erschöpfende Analyse der Vorschläge zur Verwirklichung des Europäischen Binnenmarktes geliefert werden. Diese im einzelnen präzisiert und zu einem Programmpaket zusammengestellt zu haben, ist sicher ein großes Verdienst der EG-Kommission — als dokumentierte Festlegung auf eigene künftige Initiativen wie als rechtzeitige Orientierungshilfe für alle übrigen Entscheidungsträger. Das Programm für „die Vollendung des Binnenmarktes“ läßt sich aber nicht von übergeordneten Integrationsproblemen (Wirtschafts- und Währungsunion, Europäische Union) isolieren. Solange viele der dort angesiedelten Konflikte nicht gelöst sind, werden sie auch die Verwirklichung des Binnenmarktes behindern. Dies gilt vor allem für die nach wie vor bestehende Eigenständigkeit der nationalen Geld-, Finanz- und Einkommenspolitik, der Sozialsysteme und Arbeitnehmer-Arbeitgeberbeziehungen sowie für den staatlichen Einfluß auf die Wirtschaft. Diese Politikinterdependenz wird zwar von der Kommission gesehen, jedoch schlägt sich dies in den Programminhalten nicht wieder. Wegen des unterschiedlichen Gewichts der einzelnen

Kommissionsvorschläge erlaubte eine zügige Erledigung noch keine Rückschlüsse auf entsprechende Fortschritte bei der Verwirklichung des Gesamtvorhabens. Hinzu kommt, daß in all den Fällen, in denen die nationalen Instanzen die Handlungsträger bleiben, getroffene Regelungen im Konfliktfall partiell unterlaufen werden können. Wo keine Manipulationsmöglichkeiten verbleiben, dürfte dem endgültigen nationalen Souveränitätsverlust der größte Widerstand entgegengesetzt werden. Bei anspruchsvollen Zukunftsvorhaben, die in engem Zusammenhang mit der Integration des Binnenmarktes stehen (Technologiegemeinschaft) ist die vorgebliche Gemeinsamkeit der Interessenlage vielfach noch wenig fundiert, wie das Ausscheren Frankreichs aus dem Projekt „Jäger 90“ soeben wieder gezeigt hat. Aber auch bei den weniger bedeutsamen, eher technischen Vorhaben sollte im Lichte bisheriger Erfahrungen der Widerstand nicht unterschätzt werden, den selbst kleinere Interessengruppen erfolgreich aufzubringen vermögen, wenn sie sich potentiell geschädigt fühlen. Die Positivbeispiele Airbus und Ariane haben den Schönheitsfehler, daß gerade ihnen ein wesentliches Charakteristikum des Binnenmarktes mangelt: die Fundierung auf echten Wettbewerb; er ist nur im Außenverhältnis (Boeing) gegeben; außerdem stehen zumindest im Falle Airbus die umfangreichen öffentlichen Hilfen im Widerspruch zur Subventionsphilosophie der Kommission. Aus all diesen Gründen muß befürchtet werden, daß ein dezidierte Stufenplan für den Binnenmarkt das Schicksal seiner Vorbilder erleidet: suspendiert zu werden und hochgeschraubte Erwartungen zu enttäuschen. Dies schließt nicht aus, daß die Kommission mit Nachdruck auf Interessenausgleich hinwirkt, die von Gemeinschaftslösungen ausgehenden zusätzlichen Impulse herausstellt und überall dort, wo sich Interessenangleichung abzeichnet oder sie die Überlegenheit von Gemeinschaftslösungen vermitteln kann, die nationalen Entscheidungsträger über gemeinschaftliche Rechtsakte zu binden versucht.

Ausfuhr wieder kräftig gestiegen Zur Entwicklung des Außenhandels der Bundesrepublik Deutschland im zweiten Quartal 1985

Die reale Warenausfuhr hat nach der Stagnation zum Jahresbeginn im zweiten Quartal, von Saison- und Kalendereffekten¹ bereinigt, um knapp 4 vH zugenommen. Ausschlaggebend für den kräftigen Anstieg war die merkliche Ausweitung der Lieferungen in die westeuropäischen Industrieländer, auf die fast 70 vH des gesamten Exports der Bundesrepublik entfallen. Vermehrt exportiert wurden Personenkraftwagen, auch Investitionsgüter konnten wiederum zügig im Ausland abgesetzt werden.

Die reale Wareneinfuhr ist dagegen merklich gesunken; das Importvolumen vom ersten Quartal wurde um knapp 2 vH unterschritten. Verringert haben sich vor allem die Einfuhren von Rohstoffen — hauptsächlich Erdöl — sowie von Fertigwaren-Enderzeugnissen. Dabei dürfte eine gewisse Kaufzurückhaltung in Erwartung einer Verbilligung dieser Produkte aufgrund der sich anbahnenden Aufwer-

¹ Analysiert werden in diesem Bericht saison- und arbeitstäglichen bereinigte Zeitreihen. Die Saisonbereinigung wurde nach dem Berliner Verfahren (BV3) vorgenommen.

Außenbeitrag und Leistungsbilanzsaldo der Bundesrepublik Deutschland
In der Abgrenzung der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

			Ursprungswerte						Saison- ¹ und arbeitstäglich bereinigte Werte					
	1983	1984	1984				1985		1984				1985	
			I	II	III	IV	I	II	I	II	III	IV	I	II
Zu jeweiligen Preisen (Mrd. DM)														
Ausfuhr	540,1	599,9	144,7	140,9	146,4	167,9	160,7	164,2	142,9	143,6	151,8	160,7	161,4	169,8
Waren	427,7	480,5	118,6	113,3	115,8	132,8	132,2	132,4	114,8	114,5	121,9	128,7	130,2	136,0
Dienste	112,4	119,4	26,1	27,6	30,6	35,1	28,5	31,8	28,1	29,1	29,9	32,0	31,2	33,8
Einfuhr	501,6	551,4	136,2	134,2	139,8	141,2	148,9	146,2	134,2	135,1	137,9	143,9	148,2	149,4
Waren	373,7	420,7	105,4	103,1	101,8	110,4	116,0	112,4	102,5	102,8	105,4	110,1	113,9	113,9
Dienste	127,9	130,7	30,8	31,1	38,0	30,8	32,9	33,8	31,7	32,3	32,5	33,8	34,3	35,5
<i>Salden:</i>														
Waren u. Dienste (Außenbeitrag)	38,5	48,5	8,5	6,7	6,6	26,7	11,8	18,0	8,7	8,5	13,9	16,8	13,2	20,4
Waren	54,0	59,8	13,2	10,2	14,0	22,4	16,2	20,0	12,3	11,7	16,5	18,6	16,3	22,1
Dienste	-15,5	-11,3	-4,7	-3,5	-7,4	4,3	-4,4	-2,0	-3,6	-3,2	-2,6	-1,8	-3,1	-1,7
Übertragungen ²	-29,8	-34,9	-7,8	-8,9	-8,8	-9,4	-8,9	-8,7	-7,8	-8,9	-8,8	-9,4	-8,9	-7,8
Leistungsbilanz ³ (Finanzierungs-saldo)	8,7	13,6	0,7	-2,2	-2,2	17,3	2,9	9,3	0,9	-0,4	5,1	7,4	4,3	12,6
Nachrichtlich: Leistungsbilanz ⁴ (In der Abgrenzung der Zahlungsbilanz)	10,5	17,8	3,5	1,0	-2,2	15,6	5,6	9,4	3,8	0,6	3,9	9,4	6,4	9,5
Veränderung ⁵ in vH														
	Vorjahr				Vorquartal									
Ausfuhr	0,2	11,1	9,7	7,3	12,9	14,0	11,2	16,5	1,8	0,5	5,7	5,9	0,4	5,2
Waren	0,8	12,3	12,2	8,1	13,4	15,4	11,5	16,9	3,3	-0,3	6,5	5,5	1,2	4,4
Dienste	-1,9	6,2	-0,5	4,2	10,9	9,3	9,8	14,9	-4,0	4,0	2,6	7,1	-2,7	8,3
Einfuhr	0,1	9,9	13,0	9,9	8,5	8,6	9,3	9,0	1,3	0,6	2,1	4,4	2,9	0,9
Waren	2,2	12,6	17,4	12,3	10,9	10,1	10,0	9,1	3,1	0,2	2,6	4,4	3,4	0,1
Dienste	-5,8	2,2	0,0	2,8	2,5	3,3	6,6	8,7	-4,1	1,8	0,5	4,2	1,4	3,6
Zu Preisen von 1976 (Mrd. DM)														
Ausfuhr	417,4	450,5	109,9	106,3	110,0	124,3	118,3	120,1	108,4	108,4	114,0	119,1	118,7	124,2
Waren	334,8	365,6	91,0	86,5	88,1	100,0	98,2	97,9	88,2	87,6	92,8	96,7	97,0	100,6
Dienste	82,6	84,9	18,9	19,8	21,9	24,3	20,1	22,2	20,2	20,8	21,2	22,4	21,7	23,6
Einfuhr	367,3	388,2	96,5	95,1	98,3	98,3	101,4	99,8	95,1	95,0	96,9	100,7	101,5	101,3
Waren	276,3	298,7	74,6	73,7	72,6	77,8	78,9	76,7	73,1	72,8	74,9	77,8	78,4	77,1
Dienste	91,0	89,5	21,9	21,4	25,7	20,5	22,5	23,1	22,0	22,2	22,0	22,9	23,1	24,2
<i>Salden:</i>														
Waren u. Dienste (Außenbeitrag)	50,1	62,3	13,4	11,2	11,7	26,0	16,9	20,3	13,3	13,4	17,1	18,4	17,2	22,9
Waren	58,5	66,9	16,4	12,8	15,5	22,2	19,3	21,2	15,1	14,8	17,9	18,9	18,6	23,5
Dienste	-8,4	-4,6	-3,0	-1,6	-3,8	3,8	-2,4	-0,9	-1,8	-1,4	-0,8	-0,5	-1,4	-0,6
Veränderung ⁵ in vH														
	Vorjahr				Vorquartal									
Ausfuhr	-1,3	7,9	7,0	4,2	9,8	10,4	7,6	13,0	1,0	0,0	5,2	4,5	-0,3	4,6
Waren	-0,5	9,2	9,4	5,1	10,5	11,7	8,0	13,2	2,4	-0,7	6,0	4,2	0,3	3,8
Dienste	-4,1	2,7	-3,5	0,7	7,4	5,6	6,1	12,1	-4,4	2,9	1,8	5,9	-2,9	8,1
Einfuhr	0,5	5,7	9,1	4,6	4,3	4,9	5,1	5,0	-1,0	-0,1	2,0	3,9	0,8	-0,2
Waren	3,6	8,1	13,2	6,4	6,5	6,6	5,8	4,1	0,6	-0,3	2,8	3,9	0,9	-1,7
Dienste	-7,8	-1,7	-2,9	-1,4	-1,5	-1,1	2,9	8,0	-5,8	0,6	-0,5	4,0	0,7	4,9
Nachrichtlich: Terms of Trade ⁶	94,8	93,8	93,2	94,0	93,7	94,0	92,6	93,3	93,4	93,2	93,7	94,3	93,2	92,7
Veränderung in vH	1,9	-1,1	-1,0	-2,0	-1,2	-0,2	-0,6	-0,7	-1,4	-0,2	0,5	0,6	-1,2	-0,5

¹ Saisonbereinigt nach dem Berliner Verfahren (BV 3). — ² Saldo zwischen Einnahmen und Ausgaben; nicht saisonbereinigt. — ³ Außenbeitrag und Saldo der Übertragungen. — ⁴ Ohne Leistungsverkehr mit der DDR; Saisonbereinigung der Deutschen Bundesbank. — ⁵ Berechnet auf Basis ungerundeter Daten. — ⁶ Deflator der Ausfuhr in vH des Deflators der Einfuhr; Index (1976 = 100).

Quellen: Statistisches Bundesamt; Deutsche Bundesbank; vierteljährliche volkswirtschaftliche Gesamtrechnung des DIW.

tung der D-Mark eine Rolle gespielt haben. Nach dem kräftigen Anstieg im ersten Quartal sind auch die Einfuhren von Ernährungsgütern — wohl als Reflex auf die vorangegangene Entwicklung — rückläufig gewesen; sie lagen jedoch mit knapp 6 vH weiterhin deutlich über dem Vorjahresniveau.

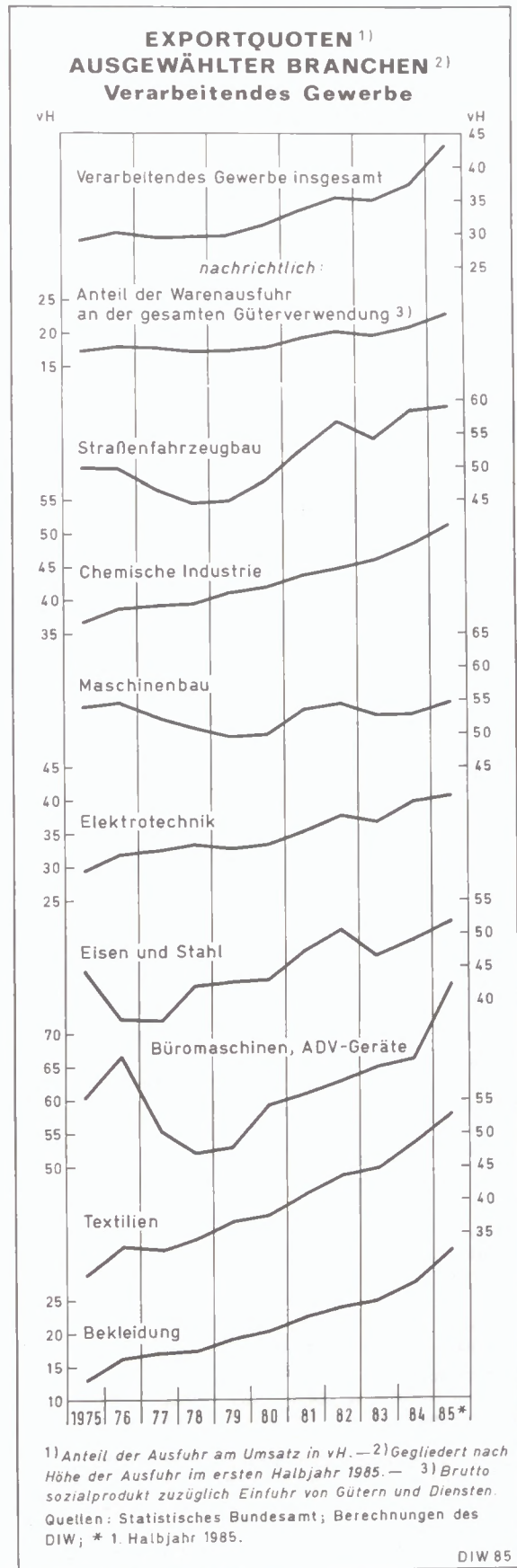
Der reale Nettoexport hat sich um rund 5 Mrd. DM erhöht und — bei einem nur leichten Rückgang des Defizits in der Dienstleistungsbilanz — maßgeblich zur Ausweitung des Außenbeitrags beigetragen. Die Verbesserung der Dienstleistungsbilanz war insbesondere den Überschüssen in der Kapitalertragsbilanz zuzuschreiben. Während sich die Terms of Trade im Warenverkehr bereits etwas verbessert haben, ist das Austauschverhältnis im Waren- und Dienstleistungsverkehr zusammengekommen erneut geringfügig schlechter gewesen als im Vorquartal. Der nominale Außenbeitrag hat sich kaum stärker erhöht als der reale. Bei leicht verringertem Defizit in der Übertragungsbilanz ist der Überschuß in der Leistungsbilanz auf fast 13 Mrd. DM gestiegen.

Breitgefächerter Anstieg der Warenausfuhr

Die Ausfuhren sind in allen wichtigen Exportbranchen mehr oder weniger kräftig gestiegen; das Tempo richtete sich danach, ob es im Vorquartal zu einer Unterbrechung der Expansion gekommen war. Zwei wichtige Exportbranchen zeigen diesen unterschiedlichen Verlauf besonders deutlich: Beim Maschinenbau hat sich der im Winterhalbjahr ungebrochene Anstieg des Exports mit etwas langsamerem Tempo als zuvor fortgesetzt; im Straßenfahrzeugbau, dessen Exporte nach der Jahreswende sogar rückläufig waren, ist es dagegen zu einer kräftigen Ausweitung gekommen. Begünstigt waren vor allem die Exporte der zu den Verbrauchsgütern zählenden Personenkraftwagen; doch auch bei anderen Verbrauchsgütern hat sich der Export wieder erhöht. So wurden die Lieferungen von elektrotechnischen Gebrauchsgütern sowie von Textilien in das Ausland erheblich ausgeweitet. Im Bekleidungsgewerbe waren allerdings als Folge der seit Jahresbeginn rückläufigen Auslandsnachfrage geringere Exporte als im Vorquartal zu verzeichnen.

Die Auslandsnachfrage nach Investitionsgütern hat sich weiter gefestigt. Nicht nur im Maschinenbau, sondern auch bei anderen wichtigen Herstellern von Investitionsgütern sind die Ausfuhren deutlich gestiegen. Das gilt insbesondere für Büromaschinen und ADV-Geräte sowie für elektrotechnische Investitionsgüter und Erzeugnisse der Feinmechanik und Optik. Dagegen haben die Lieferungen von EBM-Waren auf dem gegen Jahresende 1984 erreichten hohen Niveau stagniert. Die Exporte von Lastkraftwagen blieben unverändert niedrig.

Die Ausfuhren der Grundstoffindustrien haben ebenfalls wieder zugenommen. Beigetragen haben dazu hauptsächlich vermehrte Lieferungen der chemischen In-



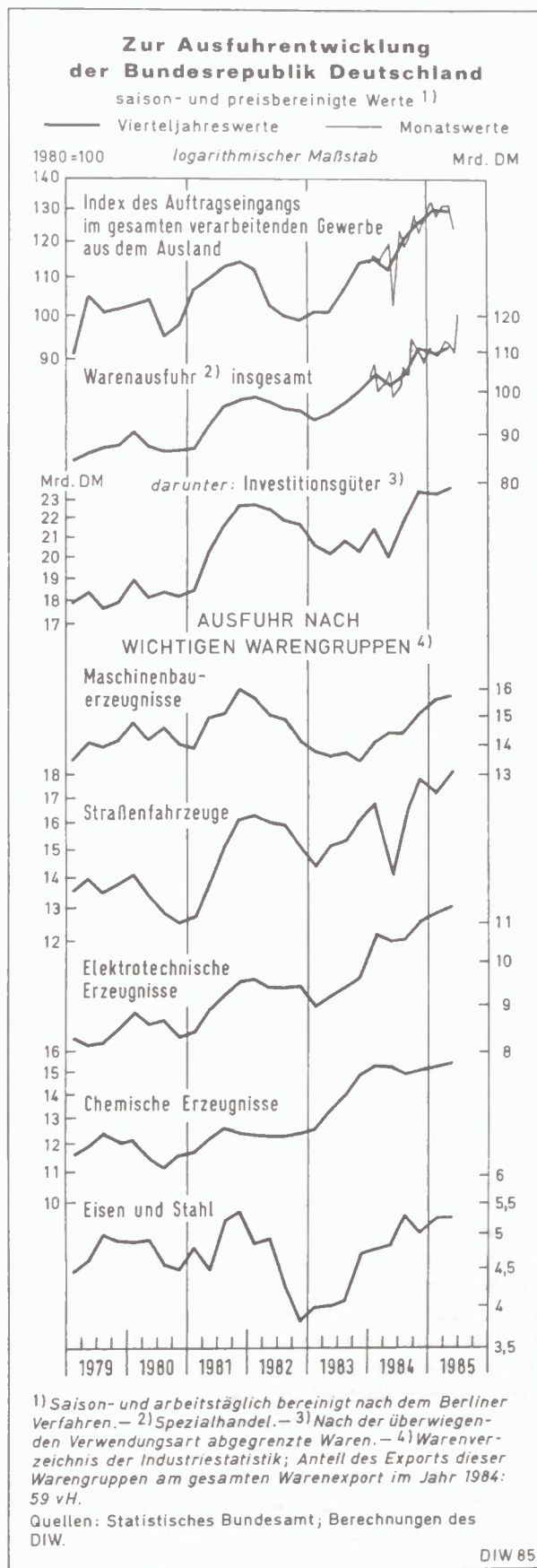
dustrie. In der Branche ist eine Verlagerung der konjunkturellen Nachfrageimpulse von den Grundstoffen zu den Chemiefasern festzustellen; diese haben den Exporterfolg der Branche im Berichtsquartal bestimmt. Die Exporte von Eisen und Stahl verharrten nach dem starken Anstieg zum Jahresbeginn auf dem erreichten hohen Niveau.

Eine Analyse des Verlaufs der Exportquoten wichtiger Branchen zeigt im ersten Halbjahr 1985 durchgängig eine kräftige Ausweitung des Anteils der Exporte am gesamten Umsatz. Zu der nun schon zweieinhalb Jahre andauernden konjunkturellen Erholung in der Bundesrepublik hat der Export erst von der Jahreswende 1983/84 an beigetragen, dann aber gab er der Konjunktur überaus starke Impulse. Der Anteil der Warenausfuhr an der gesamten Güterverwendung ist in dieser relativ kurzen Zeit von rund 20 vH (zweites Halbjahr 1983) auf 23 vH (erstes Halbjahr 1985) gestiegen. In den wichtigen Exportbranchen ist die Bedeutung der Ausfuhr noch wesentlich größer: So lagen die Exportquoten beim Straßenfahrzeugbau, der chemischen Industrie, dem Maschinenbau, den Herstellern von Eisen und Stahl sowie den Produzenten von Büromaschinen und ADV-Geräten und beim Textilgewerbe im ersten Halbjahr 1985 jeweils über 50 vH. Bei der Textil- und Bekleidungsindustrie ist im Zeitraum von 1975 bis zur Jahresmitte 1985 die relativ stärkste Erhöhung der Exportquote zu verzeichnen gewesen: Ausdruck einer erheblichen Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit. Bemerkenswert ist, daß dem Maschinenbau erst im Jahre 1985 wieder der Anschluß an die hohe Exportquote in den Jahren 1975/76 gelungen ist. Vieles spricht dafür, daß in dieser Branche bei der in den meisten Industrieländern zu beobachtenden zunehmenden Investitionsneigung für die kommenden Monate mit einer weiteren Erhöhung der Exportquote zu rechnen ist.

Nachfrageimpulse aus den westeuropäischen Exportmärkten

Die Ausfuhren in die westeuropäischen Länder konnten, auch aufgrund der dort fortschreitenden konjunkturellen Erholung, deutlich ausgeweitet werden. Allerdings haben die Lieferungen in zwei große Exportmärkte, nämlich nach Frankreich und nach Italien, stagniert; beide Länder bemühen sich vorrangig um die Eindämmung der Defizite in ihrer Handelsbilanz. Erheblich gestiegen sind aber die Exporte nach Belgien/Luxemburg, Großbritannien, den Niederlanden und nach Dänemark. Der Export in die EFTA-Länder Schweden, Schweiz und Österreich nahm ebenfalls kräftig zu.

Von den außereuropäischen Industrieländern, namentlich von den USA und von Japan, hat der Export dagegen keine weiteren Impulse erhalten; die Ausfuhr dorthin hat auf dem hohen Niveau vom ersten Quartal verharrt. Nach wie vor sind aber die USA — mit deutlichem Abstand hinter Frankreich — der zweitwichtigste Abnehmer deut-



scher Güter. Der Überschuß im Handel mit diesem Land hat sich, begünstigt durch den überbewerteten US-Dollar, erhöht. Im Berichtsquartal ergab sich der Anstieg allerdings daraus, daß die Bezüge aus den USA — auch angesichts einer erwarteten Abwertung des Dollars gegenüber der D-Mark — zurückgingen. Das traditionelle Defizit im Handel mit Japan hat dagegen bei stagnierender Ausfuhr und erhöhten Importen noch weiter zugenommen.

Die realen Ausfuhren in die OPEC-Länder haben auf niedrigem Niveau verharrt. Wegen des Verfalls der Erdölpreise auf dem Weltmarkt und sinkender Absatzmengen hat die Kaufkraft dieser Länder weiter nachgelassen; der Nachfragerückgang muß als Anpassung an die schlechte finanzielle Situation gewertet werden. Das zeigt sich besonders bei den beiden wichtigsten Handelspartnern Saudi-Arabien und Iran; die Exporte in diese Länder sind erneut gesunken. Gegenüber den Entwicklungsländern (ohne OPEC-Länder) hat sich der seit Jahresbeginn zu beobachtende Aufwärtstrend der Lieferungen fortgesetzt. Auch hier sind es jeweils die größten Absatzmärkte von deutschen Produkten in Südamerika, Afrika und Asien, bei denen Exporteinbußen zu verzeichnen waren.

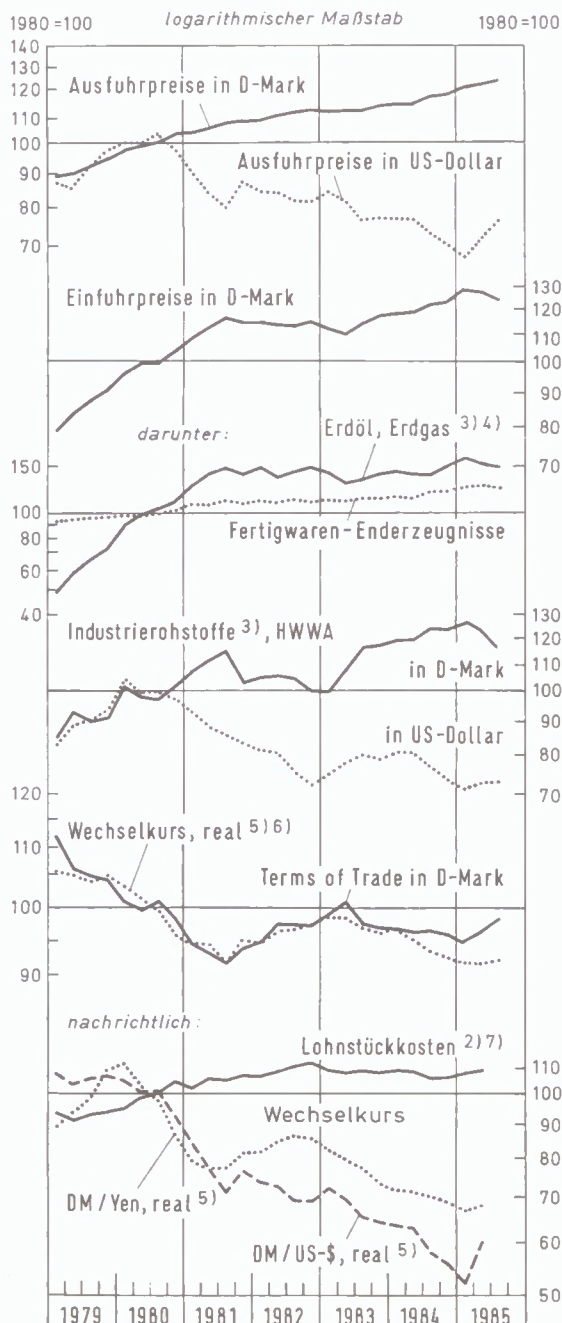
Bemerkenswert ist die neuerliche Ausweitung der Exporte in die Staatshandelsländer. Dabei spielt eine Erhöhung der Lieferungen in einige europäische Länder — namentlich Ungarn und Polen —, besonders aber nach China eine Rolle. Die Ausfuhren in die UdSSR sind dagegen wiederum gesunken.

Rückgang der Einfuhr von Fertigwaren-Enderzeugnissen

Nach einem mehr als zweijährigen, nur durch die Arbeitskämpfe im Vorjahr unterbrochenen Anstieg sind die Importe von Fertigwaren-Enderzeugnissen im Berichtsquartal deutlich zurückgegangen. Mit Ausnahme der relativ preisunelastischen hochwertigen Güter, unter anderem der Maschinenbauerzeugnisse, waren davon fast alle Gütergruppen betroffen; besonders kräftig war der Rückgang der Einfuhr von elektrotechnischen Gebrauchsgütern sowie von Textilien und Bekleidung. Diese Differenzierung, aber auch der sich fortsetzende Produktionsanstieg in der Bundesrepublik, sprechen dafür, daß es sich um eine vorübergehende Entwicklung gehandelt hat. Die Importeure rechnen in diesen Güterbereichen angesichts der sich anbahnenden Aufwertung der D-Mark wohl mit deutlichen Einkaufsvorteilen. Diese abwartende Haltung zeigt sich auch bei der Einfuhr von Erdöl. Hier kommt zu dem Wechselkursvorteil noch der bei dem Angebotsüberhang auf dem Weltmarkt weiter sinkende Weltmarktpreis hinzu, so daß sich der zum Jahresbeginn unterbrochene Abwärtstrend der mengenmäßigen Importe bei Erdöl fortgesetzt hat. Die Einfuhren haben damit den niedrigsten Stand seit dem letzten Ölpreisschub von 1979 erreicht.

Preisentwicklung^{1) 2)} im Außenhandel der Bundesrepublik Deutschland

Vierteljahreswerte



1) Preise bei Lieferung (Durchschnittswerte). — 2) Saisonbereinigt nach dem Berliner Verfahren. — 3) Nicht saisonbereinigt. — 4) Warenverzeichnis der Industriestatistik. — 5) DM-Außenwert bereinigt um das Konsumentenpreisgefälle. — 6) Gegenüber 12 wichtigen Handelspartnern. — 7) Produzierendes Gewerbe (ohne Baugewerbe).

Quellen: Statistisches Bundesamt; Deutsche Bundesbank; HWWA; Berechnungen und Schätzungen (III/85) des DIW.

Die Einfuhr von Mineralölerzeugnissen ist dagegen nach dem Rückgang im Winterhalbjahr deutlich gestiegen. Dabei dürften der höhere Verbrauch und die Auffüllung der Lager eine Rolle gespielt haben. Bei der Einfuhr von Mineralölerzeugnissen ist bereits seit 1981 ein Aufwärtstrend zu beobachten.

Die Bezüge von industriellen Vorprodukten (ohne Erdöl und Mineralölerzeugnisse) sind bei steigender Produktion im verarbeitenden Gewerbe wieder merklich ausgeweitet worden. Die relativ enge Korrelation zwischen Einfuhr und Produktion deutet darauf hin, daß keine nennenswerte Erhöhung der Vorräte stattgefunden hat.

Verbilligung der Importe

Erstmals seit Jahresbeginn 1983 sind die Importpreise (Durchschnittswerte) gesunken. Dies ist einmal der Aufwertung der D-Mark gegenüber dem US-Dollar zuzuschreiben, bei der sich die D-Mark-Preise für wichtige in US-Dollar fakturierte Importgüter — hauptsächlich Erdöl — ermäßigt haben. Zum anderen sind die Weltmarktpreise selbst rückläufig gewesen, insbesondere die für Energierohstoffe und für Nahrungs- und Genußmittel. Zwar schlugen sich sinkende Preise für Nahrungsmittel wegen der Agrarmarktabstottung im Rahmen der EG-Agrarmarktornungen in der Regel nicht in den Importpreisen nieder, eine Ausnahme davon sind jedoch die Preise von Genußmitteln. Insbesondere Kaffee, Kakao und Tabak haben sich im Berichtsquartal verbilligt.

Die Ausfuhrpreise (Durchschnittswerte) sind wiederum nur mäßig gestiegen. Das Anstiegstempo war kaum stärker als das der Erzeugerpreise im Inlandsabsatz. Trotz guter Auslastung der Produktionskapazitäten ist die Absatzstrategie der Exporteure mehr auf Sicherung der Marktanteile gerichtet als auf eine Maximierung der Gewinnspannen beim Export. Der bei anhaltend hoher Wettbewerbsfähigkeit existierende Preiserhöhungsspielraum wird offensichtlich nicht voll genutzt.

Ausblick

Der reale Auftragseingang aus dem Ausland verharrte im zweiten Quartal bei allen wichtigen Exportbranchen auf dem im Vorquartal erreichten hohen Stand. Die Ausfuhren werden daher in den kommenden Monaten ihr hohes Niveau zumindest halten. Regional ist dabei eine Differenzierung zu erwarten. Für den Export in die westeuropäischen Länder ist eine weitere Zunahme wahrscheinlich. Die konjunkturelle Erholung wird sich in diesen Ländern fortsetzen, insbesondere wird sich jedoch die das deutsche Exportangebot begünstigende Nachfrage nach Investitionsgütern verstärken. Die jüngste Aufwertung der D-Mark gegenüber den am Europäischen Währungssystem beteiligten Ländern, namentlich gegen-

über Italien, machte kaum die in den letzten Jahren entstandenen Unterschiede in den Inflationsraten wett. Nachteile im Preiswettbewerb haben sich daher nicht ergeben. Auch die Ende August im Vergleich zum höchsten Stand — Februar/März dieses Jahres — zu verzeichnende Aufwertung der D-Mark gegenüber dem US-Dollar von reichlich 15 vH kann nur als Annäherung an einen realistischen Wechselkurs gewertet werden. Diese Aufwertung schmälert hauptsächlich die teilweise extremen Gewinnspannen im Handel mit den USA. Entscheidend für die weitere Entwicklung der Exporte in die USA ist jedoch das schwächer gewordene Wirtschaftswachstum in diesem Land. Die Ausfuhren in die USA werden vermutlich kaum noch steigen. Insgesamt wird der Export in den kommenden Monaten auf einen flacheren Wachstumspfad einschwenken. Dem steht nicht das spektakuläre Monatsergebnis vom Juli entgegen; es ist teilweise nur Reflex auf den schwachen Export im Juni. Die an dieser Stelle zuletzt gegebene Exportprognose² für 1985 — Anstieg im Jahresdurchschnitt 9 vH — kann aufrecht erhalten bleiben.

Die Einfuhr wird bei weiterhin moderater Binnenkonjunktur relativ wenig zunehmen. Der zum Teil spekulativ bedingte Rückgang der Importe im zweiten Quartal wird aber in den kommenden Monaten wettgemacht werden, die Wareneinfuhr wird also vorübergehend verstärkt steigen. Auf diese Entwicklung deutet die Einfuhr im Zweimonatsvergleich Juni/Juli gegenüber April/Mai mit einem saisonbereinigten Anstieg von rund 3 vH bereits hin. Etwas längerfristig betrachtet wird das Wachstum aber nicht stärker sein als das der Produktion, da nennenswerte Impulse vom Lageraufbau unwahrscheinlich sind. Denn die Erwartung der Importeure ist bei weiter sinkenden Weltmarktpreisen für Energierohstoffe und einer sich fortsetzenden Aufwertung der D-Mark auf eine nachhaltige Verbilligung der Importe gerichtet.

Der Überschuß im Warenverkehr wird im dritten Quartal voraussichtlich nicht geringer sein als im Vorquartal. Bei rückläufigen Einfuhrpreisen und mäßig steigenden Ausfuhrpreisen wird sich die Verbesserung der Terms of Trade beschleunigen; dies wird dazu führen, daß der Überschuß in nominaler Rechnung kräftig zunimmt. Er wird erneut die Defizite in der Dienstleistungs- und Übertragungsbilanz weit übertreffen. Für das gesamte Jahr 1985 ist daher mit einem wesentlich höheren Leistungsbilanzüberschuß — 37 Mrd. DM wurden vom DIW zur Jahresmitte prognostiziert² — als im Vorjahr (18 Mrd. DM) zu rechnen.

² Vgl. Tendenzen der Wirtschaftsentwicklung 1985/86. Bearbeitet vom Arbeitskreis Konjunktur im DIW. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 25-26/85.

Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung

Erscheinen zur Zeit im 54. Jahrgang. Format DIN A 4.

Heft 2/1984. 146 S. DM 66,—

Modellsimulation zur Wochenarbeitszeitverkürzung. Von *Rudolf Zwiener*.

Die Arbeitnehmereinkommen in Berlin (West) im interregionalen Vergleich. Von *Kurt Geppert*.

Alternativen des U- und S-Bahnbaus. Von *Uwe Müller*.

DDR-Wirtschaftssystem: Reform in kleinen Schritten. Von *Doris Cornelsen, Manfred Melzer, Angela Scherzinger*.

Das Lebensmittelprogramm der UdSSR und die gegenwärtige Situation der sowjetischen Landwirtschaft. Von *Maria Elisabeth Ruban*.

Zahlenanhang: Vierteljährliche volkswirtschaftliche Gesamtrechnung einschließlich Geldvermögensrechnung.

Heft 3/1984. 116 S. DM 54,—

Das Find-Modell: Zur Konzeption eines neuen disaggregierten Modells für die Bundesrepublik Deutschland. Von *Georg Erber, Hansjörg Haas, Manfred Kiy*.

Fehlersimulationen mit Input-Output-Tabellen des Statistischen Bundesamtes. Von *Joachim Schintke*.

Der Einfluß von Demographie und Bildungsverhalten auf das Bildungssystem und die Auswirkungen auf das Angebot von Arbeitskräften in der Bundesrepublik Deutschland. Von *Wolfgang Jeschek*.

Management Problems of Renewable Maritime Resources: The Case of North Atlantic Fisheries. Von *Peter Hrubesch*.

Zahlenanhang: Vierteljährliche volkswirtschaftliche Gesamtrechnung einschließlich Geldvermögensrechnung.

Heft 4/1984. 146 S. DM 72,—

Zum Stand der Panelforschung. Von *Hans-Jürgen Krupp*.

Das Sozio-ökonomische Panel. Eine Längsschnittstudie für die Bundesrepublik Deutschland. Von *Ute Hanefeld*.

Die Wohnungsumfragen im Sozio-ökonomischen Panel. Ergänzung des amtlichen Berichtssystems zum Wohnungssektor? Von *Herbert Lahmann*

Behavioral Research with the Panel Study of Income Dynamics in Retrospect and Prospect. By *Greg J. Duncan and James N. Morgan*.

The National Longitudinal Surveys of Labor Market Experience. Past and Future Uses to Study Labor Market Policy Questions. By *Michael E. Borus and Kenneth I. Wolpin*.

The Survey of Income and Program Participation. By *Daniel Kasprzyk and Roger A. Herriot*.

Household Market and Nonmarket Activities. The First Year of a Swedish Panel Study. By *N. Anders Klevmarken*.

Modellierung beruflicher Mobilitätsprozesse mit Panel-Daten. Von *Heinz P. Galler*.

Modelltheoretische und methodische Probleme bei der Analyse von Paneldaten mit qualitativen Variablen. Von *Gerhard Armingier*.

Zahlenanhang: I. Vierteljährliche volkswirtschaftliche Gesamtrechnung einschließlich Geldvermögensrechnung. II. Beschäftigung und Arbeitnehmereinkommen.

Heft 1/1985. 134 S. DM 66,—

Subventionen in den USA — Versuch einer Quantifizierung und eines Vergleichs mit der Bundesrepublik Deutschland. Von *Frank Stille*.

Bestimmungsgründe der längerfristigen Insolvenzentwicklung und ihre Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt. Von *Bernd Görzig*.

Die Konsummatrizen des DIW — Konzepte und Ergebnisse. Von *Jochen Schmidt*.

Berufsbildung und Arbeitsbeschaffungsprogramme in ausgewählten EG-Ländern. Von *Bernhard Seidel und Joachim Volz*.

Zum Stand der Wirtschaftsreformen in China: Erfolge auf dem Lande — Neubeginn in den Städten. Von *Ernst Hagemann*.

Zur Fleischproduktion in den RGW-Ländern. Von *Maria Lodahl*.

Zahlenanhang: Vierteljährliche volkswirtschaftliche Gesamtrechnung einschließlich Geldvermögensrechnung.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Straße 5, D-1000 Berlin 33

Telefon (030) 82 99 10 — Telefax (030) 82 99 12 00

BTX-Systemnummer · 2 99 11 #

Präsident: Prof. Dr. Hans-Jürgen Krupp

Abschlechtsleiterkollegium: Dr. Oskar de la Chevallerie, Dr. Doris Cornelsen, Dr. Fritz Franzmeyer,

Prof. Dr. Wolfgang Kirner, Dr. Reinhard Pohl, Peter Ring (kommissarisch), Dr. Horst Seidler, Dr. Hans-Joachim Ziesing.

Präsident und Abschlechtsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich.

Schriftleitung: Dr. Klaus Henkner

Europäische Gemeinschaft: Gemeinsamer Binnenmarkt bis 1992? Bearbeitet von Fritz Franzmeyer. —

Ausfuhr wieder kräftig gestiegen. Bearbeitet von Herbert Lahmann.

Verlag: Duncker & Humblot, Dietrich-Schäfer-Weg 9, D-1000 Berlin 41. Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig

Druck: Zippel-Druck, Oranienburger Str. 170, D-1000 Berlin 26.

Bezugspreis für den Jahrgang DM 100,—, vierteljährlich DM 30,—, Einzelnummer DM 4,—.

Zuzüglich Versandspesen.